

Vorwort

Aktuell wird unter dem Schlagwort „Postdemokratie“ eine gesellschaftskritische Perspektive diskutiert, die trotz des weltweiten formalen Erfolgs demokratischer Regierungsformen eine Krise des demokratischen Ethos wie der demokratischen Institutionen anzeigt. Dabei werden die empirischen Grundlagen dieser These ebenso diskutiert wie theoretische und politisch-ethische Vorschläge, wie dieser Situation konzeptionell begegnet werden soll. Wir knüpfen in dem vorliegenden Band an diese Diskussion aus christlich-sozialethischer Perspektive an und führen sie weiter.

Damit nehmen wir ein Thema auf, das gesellschaftlich aktuell und hoch relevant ist. Infolge der großen Entwicklungen der Gesellschaft, die mit Globalisierung, Ökonomisierung, Individualisierung und Mediatisierung beschrieben werden, geraten politische Prozesse, die legitimatorischen Anforderungen genügen und gleichzeitig den Sachfragen angemessen sein wollen, stark unter Druck. Versuche mit stärker direkt demokratischen Verfahren stehen Bestrebungen gegenüber, die über fachliche Expertisen und politische Hinterzimmerarbeit zu Ergebnissen kommen wollen. Zudem entstehen durch die Möglichkeiten der Online-Kommunikation mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die Menschen als je zuvor und erhöhen damit die Ansprüche an eine eben nicht nur formale Demokratie. Aber dieses internetbasierte neue Erwachen eines demokratischen Ethos der Partizipation steht nicht nur den immer unbeweglicheren und machtloseren demokratischen Institutionen gegenüber, sondern ist (bislang?) im Wesentlichen nur ein Ethos einer jungen und smarten Netzgemeinde, die die Möglichkeiten der Internetkommunikation politisch zu nutzen weiß.

Für unsere Frage nach den Möglichkeiten, in dieser „postdemokratischen“ Situation die Kriterien der gerechten Beteiligung und der Personengerechtigkeit christlich-sozialethisch ins Spiel zu bringen, also neu und aus der Perspektive der christlichen Sozialethik über eine menschengerechte Demokratie nachzudenken, setzen wir in der für das Jahrbuch bewährten Weise an und präsentieren praktisch orientierte Beiträge in der *Ouvertüre*, versammeln weiterführende Forschungsbeiträge und berichten in Literaturüberblicken über die bisherigen Bemühungen auf diesem Feld.

In der *Ouvertüre* stellen kirchliche Akteure ihre praktischen Möglichkeiten vor, in einer „postdemokratischen“ Situation die Gesellschaft mitzugestalten.

Burkhard Kämper erläutert Chancen und Grenzen kirchlicher Interessenvertretung im demokratischen Gemeinwesen am Beispiel des Katholischen Büros in Nordrhein-Westfalen. Anhand konkreter Fallbeispiele zeigt er die Arbeitsbereiche der kirchlichen Interessenvertretung gegenüber staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und erläutert die kritische Begleitung von Gesetzesvorhaben und parlamentarischen Prozessen aus kirchlicher Perspektive. Deutlich wird ein wohlwollendes, mitunter aber spannungsreiches Verhältnis zwischen Staat und Kirchen. Die Erfahrungen zeigen aber auch, wie sehr die zunehmende Bedeutung der mittleren Ministerialbürokratie die politischen Gestaltungsprozesse prägt, und lassen an dieser Stelle Defizite im demokratischen Ethos der Institutionen sichtbar werden. *Ulrike Kostka* liefert aus der Perspektive des Berliner Diözesancaritasverbandes erhellende demokratiepraktische Beobachtungen. Sie setzt bei Armutspänomenen in und um Berlin an und thematisiert Lähmungserscheinungen sozialpolitischer Arbeit durch Kommunalisierung und durch eine „Showpolitik“ Runder Tische und diverser Bündnisse. Sie betont als Konsequenz für das sozialpolitische Handeln der Caritas im Erzbistum Berlin die Notwendigkeit, als katholische Stimme in der Sozialpolitik einen advokatorischen Ansatz zu verfolgen. Nur durch eine profilierte sozialetische Argumentation könne die Caritas in einem säkularisierten Umfeld Position beziehen und als Impulsgeberin für sozialstaatliche Entwicklungen fungieren.

In den *Forschungsbeiträgen zum Thema* liefert *Mariano Barbato* einen luziden Überblick über die politikwissenschaftlichen Dimensionen der Postdemokratie-These. Die nationale Demokratie und ihr Anspruch auf egalitäre Selbstbestimmung geraten im Zuge der kapitalistischen Globalisierung unter Druck. Barbato greift einige wichtige politikwissenschaftliche Debattenstränge dazu auf und fokussiert auf das Problem der Interdependenz, nicht nur von Staatsvolk und Marktvolk (Streeck), sondern der Staatsvölker untereinander. Dabei liefert sich Barbato der Postdemokratie-These nicht unkritisch aus: So verteidigt er mit Blick auf Europa den Versuch der Ausdehnung des nationaldemokratischen Experiments unter den Bedingungen des Neoliberalismus. Die postdemokratische Kritik am Niedergang der Partizipation verkennt, so sein Argument, den Wohlstands- und Partizipationszuwachs der neuen europäischen Mittelschichten. An die Christliche Sozialetik und Sozialwissenschaft wird dann die Anfrage gestellt, ob nicht eine Verschärfung der Gottesvolkvorstellung einen Ausweg aus den Problemen der Postdemokratie weisen

könnte. Die christliche Semantik des Gottesvolks bietet eine Vorstellung, in der die Gemeinschaft sich nicht im illusorischen Weltstaat verflüchtigt, aber den nationalen Demokratien eine Weite gibt, so Barbatto, die dem global entgrenzten Kapitalismus etwas entgegen könne.

In einer systematisch-theologischen Reflexion geht *Arno Anzenbacher* den ideellen Grundlagen der Demokratie nach; zentrale Momente findet er bereits im Gemeindemodell des Apostels Paulus: Befreiung zur Freiheit, geschöpfliche Gleichheit und gemeinsame charismatische Teilhabe. Wiewohl diese drei Elemente Fundamente des Zusammenlebens der christlichen Gemeinde im paulinischen Sinne bilden, zeigt Anzenbachers theologie- und philosophiegeschichtliche Spurensicherung von der Spätantike bis in die Moderne doch vor allem drei gravierende Hindernisse bzw. Blockaden auf, die diese im biblischen Gottesglauben identifizierbaren Elemente des Politischen überwinden mussten, um als Ferment einer Demokratie im modernen Sinne wirksam werden zu können: Die als Ausdruck der natürlichen Ordnung gedeutete ständische Struktur der Gesellschaft stand dem Subjektgedanken entgegen; die Annahme einer inneren Bindung von politischer Herrschaft an einen philosophischen (Platon) oder religiösen (Augustinus) Wahrheitsanspruch ließ eine auf gleiche Freiheit bauende konstitutive Rolle der Bürger als Subjekte der Macht im Sinne der Gesellschaftsvertragstheorien nicht zu; und ein restriktives Verständnis der sozialen und/oder ökonomischen Voraussetzungen von Politik- oder Regimefähigkeit widersetzte sich einer allgemeinen und gleichberechtigten Beteiligung der Bevölkerung an politischer Verantwortung. Ins Positive gewendet, zeigen sich in der historisch-systematischen Bestandsaufnahme mithin höchst anspruchsvolle Voraussetzungen für das Gelingen demokratischer Staats- und Gesellschaftsformen.

Auf einer qualitativ neuen Stufe stellen sich diese Ansprüche heute unter den Bedingungen der Globalisierung. Unter diesem Vorzeichen setzt sich *Ingeborg Gabriel* aus sozialetischer Sicht mit der Zukunft der Demokratie auseinander, ausgehend von der Beobachtung einer Paradoxie: Einerseits bestimmen Demokratisierungsbewegungen und -bestrebungen zunehmend die politische Dynamik in sehr vielen Ländern der Welt; andererseits geraten nationalstaatlich etablierte Demokratien sowohl durch suprastaatliche politische Regelungsmechanismen als auch durch die Dominanz international agierender ökonomischer Akteure zunehmend unter Druck. Angesichts der aus beiden Einflussphären resultierenden Macht- und Kompetenzverluste ist nach Demokratie-verträglichen bzw. -förderlichen Lösungsmodellen zu fragen. Unter diesem Aspekt greift

Gabriel die Debatte um Global Governance kritisch auf und warnt vor überzogenen Erwartungen, insofern die in Rede stehenden Modelle globaler Steuerung die demokratische Dimension strukturell ausblenden. Demgegenüber sei nach einer Modellierung globaler Demokratie zu fragen. Während die Autorin Otfried Höffes Modell eines liberalen Weltstaates vor allem wegen des Verzichts auf eine sozial ausgleichende Aufgabe kritisch beurteilt, sieht sie in den politikwissenschaftlichen Ansätzen David Helds konstruktives Potential, Demokratie als umfassenden Integrationsprozess von Wirtschaft, Politik und Sicherheit global zu konzipieren. Abschließend lenkt Gabriel den Blick auf die katholische Kirche und ihre Verantwortung im politischen Feld als *global player*: Als Ansatzpunkte nennt sie die heute zwar grundsätzlich positive, aber von Skepsis nicht freie Wahrnehmung der Demokratie durch die katholische Lehrautorität, das seit der Enzyklika *Pacem in terris* in Variationen wiederholte Postulat einer Weltautorität zur Stärkung der rechtlichen, sozialen und moralischen Integrationskräfte der Weltgesellschaft sowie schließlich die institutionelle Erfahrung mit der Vermittlung ‚politischer‘ Prozesse zwischen lokaler und globaler Ebene, über die die katholische Kirche als *global player sui generis* verfügt – und die es sowohl kritisch zu evaluieren als auch zu nutzen gilt.

Die Diagnose einer wirtschaftspolitischen Ideologisierung der Politik und die Frage, wie und weshalb der dominante Einfluss des neoliberalen Wirtschaftsmodells zur Erosion der Demokratie beitrage, bestimmen die Überlegungen von *Edeltraud Koller*. Die ökonomistische Ideologisierung der Politik zeige sich vor allem darin, dass ökonomische Macht politische Einflussmöglichkeiten determiniere (Lobbyismus) und finanzwirtschaftliche Ziele gesamtpolitische Entscheidungen einseitig dominierten. Darin – und in der Hinnahme dieser Dynamiken – drücke sich ein nach Gerechtigkeitsmaßstäben deutlich verengtes Verständnis ökonomischer Rationalität aus, dem sozialetisch begegnet werden müsse: Ein zentrales Desiderat sieht Koller in der grundlegenden Problematisierung des Wirtschaftsverständnisses von den normativ übergeordneten gesellschaftlichen Zielen und der Frage nach den Wirkungen für die Benachteiligten her. Notwendig seien ein demokratischer Diskurs über das Verständnis von Wirtschaft als gesellschaftliche Aufgabe, eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit dem dominierenden neoliberalen Freiheitsverständnis und den Auswirkungen der Reichumsverteilung auf gesellschaftliche Beteiligungschancen. Diesen Postulaten entsprechen, so Koller, konkrete Handlungsherausforderungen,

etwa im Hinblick auf die politische Bildung, auf die Beförderung einer öffentlichen Debatte und die kritische Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure einschließlich der Kirchen, aber auch im Hinblick auf eine Einbindung der Unternehmen in die Prozeduren demokratischer Legitimation und Kontrolle.

Wo die Stärkung der demokratischen Kräfte gefordert wird, muss das „Volk“ als Subjekt des Politischen in den Blick genommen werden. *Wolfgang Palaver* setzt sich mit der Frage auseinander, ob und inwiefern Phänomene des Populismus eine Gefährdung oder eine Ressource der Demokratie darstellen. Ersteres zeigt er an der verzweigten rechtspopulistischen Landschaft in Europa, deren phänomentypische Fremdenfeindlichkeit gegenwärtig vor allem in einer ausgeprägten Feindseligkeit gegenüber dem Islam Ausdruck findet. Gegenüber einem ideologischen, vergötzernden Rekurs auf das „Volk“, der die fremde Minderheit grundsätzlich als Bedrohung bekämpft, profiliert Palaver mit radikaldemokratischen TheoretikerInnen (Ch. Mouffe, J. Rancière, S. Žizek u. a.) Bewegungen „gerechter Empörung“ des Volkes gegen die Dominanz der Unternehmen (z. B. die Occupy-Bewegung) als Ressourcen zur Revitalisierung der Demokratie. Als ethisch zentral weist er angesichts der gegenläufigen Dynamiken in den skizzierten Bewegungen die Frage nach strukturellen (rechtsstaatlichen) und tugendethischen (politisch-kulturellen) Voraussetzungen für eine Gerechtigkeit und Frieden verpflichtete Fortentwicklung der Demokratie aus. Gewaltfreiheit und Geschwisterlichkeit hebt er als tugendethische, ja spirituelle Prinzipien einer entsprechenden Kultivierung des Politischen hervor, zu dem nicht zuletzt religiöse Akteure einen wesentlichen Beitrag leisten könnten.

Im letzten Forschungsbeitrag zum Thema kommen die Veränderungen politischer Kommunikation im Internetzeitalter zur Sprache. *Christoph Bieber* stellt instruktiv Medien und Demokratie und die These von der Postdemokratie in einen Zusammenhang. Sein Ausgangspunkt ist die Frage, ob gerade die dezentrale digitale Kommunikation dazu beitragen kann, die postdemokratische Erstarrung öffentlicher Diskurse zu überwinden. Der Beitrag beginnt mit einem Überblick über den Stand der politischen Digitalisierung und benennt deren wesentliche Effekte. Für Bieber zeigen sich in den normativen Kategorien Beteiligung und Transparenz die entscheidenden institutionellen Aspekte digitaler Demokratie. In einem zweiten Schritt untersucht der Text in Bezug zur Postdemokratie-These ethische Herausforderungen im Feld Medien und Demokratie, wie etwa die digitalen Spaltungen,

das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit im Netz sowie den Umgang mit Datenschutz und Überwachung.

In der Rubrik *Literaturbericht zum Thema* des Bandes präsentieren wir dieses Jahr zwei Artikel. Zunächst legt *Christian Polke* einen deutschsprachigen Literaturbericht für das Thema „Protestantische Ethik und Demokratie“ seit 1945 vor. Er beschreibt, wie in der Nachkriegszeit vor allem die Ansätze von Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer im Mittelpunkt standen, denen es um den Nachweis der Nähe demokratischer Werte mit christlichen Glaubensgrundsätzen ging. In den 1970er und 1980er Jahren standen liberaltheologische Stimmen (mit ihrer Betonung der individuellen Autonomie) Ansätzen gegenüber, die stärker die Gleichursprünglichkeit von Individuum und Gemeinschaft betonten. Im Weiteren rückten Phänomene des religiösen Pluralismus sowie das Problem der weltanschaulichen Neutralität des Staates in den Vordergrund. Polke kritisiert, dass die protestantische Ethik der Demokratie sich bis heute vornehmlich auf rechtliche Aspekte konzentriert und andere Fragestellungen, etwa jene nach der Rolle der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit in einer Mediendemokratie, bislang weitgehend ausgespart bleiben.

Komplementär zu dieser protestantisch-ethischen Perspektive ergänzen *Anna Maria Riedl* und *Alexander Filipović* mit ihrem Beitrag zur „Demokratie als Thema der deutschsprachigen katholischen Sozialethik nach 1945“ den thematischen Überblick über das christlich-ethische Schrifttum. Sie beginnen mit der Suche der katholischen Kirche nach einem neuen Verhältnis zur Demokratie in der Nachkriegszeit. Das Ringen um das Verhältnis von Demokratie und Naturrecht, fehlende Theorieentwürfe, die Auseinandersetzung mit neuen politisch-ethischen Entwürfen, vor allem der Habermasschen Form einer kantisch geprägten politischen Philosophie, und die ethische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Pluralismus und Wahrheit kennzeichnen verschiedene weitere Phasen der Bearbeitung dieses Gebietes. Riedl und Filipović kommen am Ende zu dem Ergebnis, dass es an einer expliziten ethisch-theoretischen Auseinandersetzung mit der Demokratie in der Christlichen Sozialethik mangelt.

Wir freuen uns, dass dieses Jahr mehr Einreichungen für die thematisch ungebundene Rubrik *Forschungsbeiträge zur Sozialethik* eingegangen sind, als wir hier abdrucken können. Ein Beitrag, der nicht für den Druck vorgesehen werden konnte, erschien uns zudem so attraktiv, dass wir ihn

im E-Journal unter www.jcsw.de präsentieren werden. Auch diese Beiträge sind wie die Beiträge und die Literaturberichte im thematischen Teil einem anonymen Peer-Review-Verfahren unterzogen worden. Drei Beiträge haben Eingang in diesen (gedruckten) Band gefunden:

Sandra Ohrem, Angela Häußler und Uta Meier-Gräwe, die am Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen arbeiten, geben einen Überblick über die Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern an historischen Wendepunkten ökonomischen Denkens, wobei sie den Übergang zur Industrie-, zur Dienstleistungsgesellschaft, die „Theorie der neuen Märkte“ und die *Care*-Ökonomie untersuchen. Der Artikel zielt auf die Nachhaltigkeit (und Gerechtigkeit) von Wirtschaftskonzepten. Die Autorinnen fordern den Schritt von der Nationalökonomie zur *Care*-Ökonomie, konzipieren eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung und verdeutlichen ihre Bedeutung für nachhaltige Wirtschaftskonzepte. In den Ansätzen der geforderten *Care*-Ökonomie stehen der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt; das Wirtschaften wird als Einheit von Markt- und Versorgungsökonomie verstanden. Die Autorinnen machen darauf aufmerksam, dass Wirtschaft in das soziale Leben der Menschen eingebunden ist und auf der Grundlage der Produktivität der lebendigen Natur beruht. Ein zukunftsfähiges Ökonomiekonzept, wie es die Autorinnen anzielen, muss daher Sorge für Mensch und Natur tragen und steht in diesem Sinne unter dem Anspruch nachhaltig zu sein.

Ebenfalls ein wirtschaftsethisches Thema wird von *Wolf-Gero Reichert* aufgegriffen. Der Frankfurter Sozialethiker stärkt das Programm einer politischen Wirtschaftsethik durch eine systematische Einbeziehung von Alan Gewirth's *Community of Rights*. Reichert geht dabei von drei wirtschaftsethischen Ansätzen aus, die im deutschsprachigen Diskurs einschlägig sind: Peter Koslowskis Ethische Ökonomie, Peter Ulrichs und Ulrich Thielemanns Integrative Wirtschaftsethik sowie die Politische Wirtschaftsethik, wie sie am Nell-Breuning-Institut entwickelt wird. Wirtschaftsethik wird dabei als anwendungsbezogene Ethik verstanden, was nicht nur gewichtige Weichen für die Verhältnisbestimmung von ökonomischer Theorie und ethischer Reflexion stellt, sondern auch den Zusammenhang von Begründungs- und Anwendungsdiskurs auf ethisch-systematischer Ebene in den Fokus rückt. Auf die Problemlagen, die in Auseinandersetzung mit den Bedingungen anwendungsbezogener Ethik sowie mit den diskutierten wirtschaftsethischen Ansätzen herausgearbeitet werden, wird schließlich mit der

Ethiktheorie von Alan Gewirth eine Antwort vorgestellt. Gewirth's normatives Gesellschaftskonzept ist, so Reichert, darauf angelegt, die Wirtschaft unter Beibehaltung seiner Leistungsfähigkeit, gleichwohl aber unter menschenrechtsethischen Vorzeichen, in eine möglichst umfassende Demokratie zu integrieren.

Elke Mack und *Martin Lampert* legen schließlich ein sozialetisches Diskussionspapier zur Zukunft des Sozialstaates vor. Sie zeigen, dass angesichts der mehrfachen Problemlage von demografischem Wandel, Pluralisierung und der Brüchigkeit traditioneller Lebensgemeinschaften und zunehmender Ergänzung von Normalarbeitsverhältnissen durch atypische Beschäftigung neue problematische Phänomene von Unterversorgung und Ausschluss entstehen. Der Beitrag lotet auf empirisch-sozialwissenschaftlicher Basis prinzipielle Reformchancen aus. Mack und Lampert zeigen, wie es hauptsächlich normative Gerechtigkeitsintuitionen der Bevölkerung sind, die sozialstaatliche Umverteilung argumentativ stützen. Gleichwohl werden aber konkrete Leistungseinschnitte nur in geringem Umfang akzeptiert. Daraus folgt für die Christliche Sozialethik die Aufgabe, aufklärend am Gerechtigkeitsdiskurs mitzuwirken, advokatorisch stets die Perspektive der Armen einzubringen und schließlich konsensuelle Lösungen über soziale Gerechtigkeit vorzuschlagen.

Wie immer schließen Tagungsberichte und die Aufstellung der Qualifikationsarbeiten in der deutschsprachigen katholischen Sozialethik den Band ab.

Unsere Glück- und Segenswünsche und der Dank für die Verdienste um unsere Disziplin gelten Kardinal Reinhard Marx zum 60. Geburtstag, Gerhard Droesser zum 65., Johannes Müller SJ und Manfred Spieker zum 70., Lothar Schneider zum 75., Valentin Zsifkovits zum 80. sowie Anton Rauscher SJ und Rudolf Weiler zum 85. Geburtstag.

Ein besonderer Glückwunsch gilt an dieser Stelle dem früheren Herausgeber des Jahrbuchs, *Karl Gabriel*. Auch er hat in diesem Jahr 2013 das 70. Lebensjahr vollendet. Ein gutes Jahrzehnt lang hat er das Institut für Christliche Sozialwissenschaften an der Katholisch-Theologischen Fakultät in Münster geleitet und dieses Jahrbuch herausgegeben. Bis heute trägt Karl Gabriel durch die Schwerpunkte seiner Forschung in der Religionssoziologie, in der Katholizismusforschung und in der (Ethik der) Sozialpolitik wesentlich dazu bei, der wissenschaftshistorisch bestimmten, aber heute nicht mehr selbst-erklärenden Bezeichnung unserer Disziplin als

„Christliche Sozialwissenschaften“ Bedeutung und Plausibilität zu geben. Als Wissenschaftler, Wissenschaftsorganisator und akademischer Lehrer hat er vielen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Zugänge zum Fach und Möglichkeiten zur eigenen Forschung eröffnet und mit seinem Engagement, seiner Vernetzung in Soziologie und Theologie, den von ihm initiierten und geleiteten Projekten und seinen zahlreichen Veröffentlichungen den „Christlichen Sozialwissenschaften“ im Kontext der Gesellschaftswissenschaften Beachtung und Gehör gesichert. Bis heute ist Karl Gabriel in Münster – insbesondere im Rahmen des Exzellenzclusters Religion und Politik – und darüber hinaus wissenschaftlich aktiv und ein gefragter Gesprächspartner. Als Zeichen der Anerkennung und Dankbarkeit für seine Verdienste um die Christlichen Sozialwissenschaften in Münster und in der gesamten Arbeitsgemeinschaft für Christliche Sozialethik im deutschsprachigen Raum sei dieser Band des Jahrbuchs Karl Gabriel gewidmet – mit allen guten Wünschen für viele weitere, mit Lebensfreude, Gesundheit und Schaffenskraft gesegnete Jahre.

Abschließend danken wir erneut, aber genauso herzlich dem Aschendorff-Verlag für die bewährte Zusammenarbeit, der Universitäts- und Landesbibliothek Münster für die sehr konstruktive Kooperation in der Bereitstellung der Online-Präsenz unter www.jcsw.de, Daniela Kranemann (Corrigenda) für das sorgfältige Lektorat, der Bielefelder Agentur synpannier für die kompetente und unkomplizierte Besorgung des Layouts, Uwe Rasch für die Korrektur englischer Texte, der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die finanzielle Förderung des Jahrbuchs sowie den Hilfskräften am Institut, besonders Josef Becker, für ihre umsichtige Arbeit.

Münster, im Dezember 2013,

Marianne Heimbach-Steins & Alexander Filipović